

Rede von Johannes Büttner (KI) zum Nachtragshaushalt NHH 2015 – 19.10.2015

Werte KollegInnen!

Die KI hatte den Haushalt 2015 abgelehnt! Auch wenn der Nachtragshaushalt Teil des Haushaltes 2015 ist, wird die KI dem Nachtragshaushalt zustimmen!

Warum?

Wir hatten den HH 2015 abgelehnt weil nur ein Teil der KI-Forderungen aufgenommen wurden. Übernommen wurden:

- der barrierefreie Umbau der Strietwaldschule und der Grünewaldschule
- die Kostenbeteiligung der Stadtwerke am Haushalt
- die Angleichung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer B
- die Zusage der Öffentlichkeit der Hauptsenatsberatungen über Finanzbeschlüsse

Abgelehnt wurden:

- die Bezuschussung für das 1 Euro Ticket im Stadtbus
- der fahrscheinlose Nahverkehr für Jugendliche
- der ticketfreie Park&Ride Bus bzw. der Ringbus
- die Übernahme des Kindergarten-Beitrages für des 1. Und 2. KiGa-Jahr
- die Ausweitung des Kultur- und Sozialpasses für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen bis 1000,- bzw. 1200,- Euro im Monat
- eine klare Aussage zur Gewinnabführung der Sparkasse.

Da die abgelehnten Punkte für uns entscheidend waren für eine zukunftsorientierte, ökologische und soziale Politik hatte die KI-Fraktion den Haushalt 2015 abgelehnt.

Es gibt gewichtige Gründe, dass wir den Nachtragshaushalt 2015 nicht ablehnen:

1. Für die KI sind das Asylrecht und der Kampf gegen Rassismus Grundpfeiler unseres Politikverständnisses. Die Zunahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden aufgrund des Bürgerkrieges in Syrien, der Unterdrückung in Afghanistan und Äthiopien (aber auch in der Türkei), der von westlichen Staaten verursachten Armut in Afrika kostet Geld. Diese Finanzmittel sind im Nachtragshaushalt eingestellt. Für diese Ausgaben stellen wir unsere Bedenken wegen fehlender sozialer oder ökologischer Ausrichtungen des Haushaltes für 2015 zurück und stimmen zu.

2. Allerdings müssen wir hier klar feststellen: Obwohl die Stadt unbürokratisch, schnell und gut die Probleme der Flüchtlingsaufnahme gelöst hat, ist die KI der Meinung, dass seit der letzten Kommunalwahl die Stadtpolitik in den anderen Bereichen immer mehr erstarrt und verkrustet.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen:

- Trotz großmündiger Beschlüsse den Individualverkehr auf den ÖPNV zu verteilen wird kontraproduktiv weitergewurstelt, die Grundversorgung durch Busse ausgehebelt (Nachtbus und Sonntagsfrühverkehr), dem Parkchaos in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen tatenlos zugeschaut – kostenlose Pendlerparkplätze in den Wohngebieten bereitgestellt – gegen die Stagnation im ÖPNV und dem Rückgang der Busnutzer nichts unternommen. Stadtrat und Stadtwerke haben hier gnadenlos versagt! Wir erwarten vom Haushalt 2016 endlich eine klare Kehrtwende in ökologischer und verkehrspolitischer Sicht!
- Aber auch sozial stagniert die Stadtpolitik. Auch wenn der soziale Wohnungsbau nun endlich angepackt werden soll. Der Kultur- und Sozialpass muss auf ärmere Bürger die oberhalb der Hartz4-Grenze liegen ausgeweitet werden. Die Preise für Kultur – im Stadttheater und der Stadthalle müssen gespreizt – die niedrigen weiter gesenkt – die teuren können erhöht werden. Auch das eine Forderung der KI für 2016.
- Und demokratischer muss die Stadt auch werden - der Haushalt muss als Bürgerhaushalt mit den Bürgern vor der Verabschiedung diskutiert und beraten werden. Hier sind neue Formen - analog der Vorgehensweise in der Stadt Darmstadt - anzuwenden. Transparenz und Öffentlichkeit sind die Grundpfeiler der Demokratie – wichtige Entscheidungen in „Ältestenräten“ lehnen wir ab. Auch hier sollten wir vor Januar die Weichen stellen.

Und was die Finanzen angeht: Die Zukunftsaufgaben sind zu bewältigen ohne den Bürgern über mögliche Straßenausbausatzungen das Geld aus dem Geldbeutel zu ziehen. Von 2012 bis 2014 hätte die Stadt über die mögliche Gewinnabführung unserer kommunalen Sparkasse – der Bürgerbank – 3,9 Millionen dem Haushalt für gemeinnützige Zwecke zuführen können. Die unnötig verschobenen Jahresüberschüsse 2012 und 2013 in Höhe von 70 Millionen Euro hätten zu 50% an Stadt und Landkreis verteilt werden können. Das wären bei dem Anteil von 40% der Stadt 14 Millionen für den städtischen Haushalt gewesen. Die Kosten der Krankenhauszusammenführung für die nächsten Jahre hätten wir damit aus der „Portokasse“ bezahlen können.

Wir stimmen dem Nachtragshaushalt zu.

Johannes Büttner (Stadtrat der KI)